

# Chronik

## Preußen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts Jahrestagung 1985 der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung

Vom 14.—17. Juni 1985 fand in Neuß die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung statt. Die öffentlichen Vorträge waren dem Rahmenthema „Preußen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts“ gewidmet, wobei unter Preußen das Gebiet des alten Ordenslandes zu verstehen ist.

Den ersten Vortrag hielt Dr. Reinhard Hauff (Hennef) über „Die politische Situation Ost- und Westpreußens nach dem 1. Weltkrieg“. Im Gegensatz zu den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten arbeiteten diese in Ostpreußen mit der Verwaltung zusammen, und zwar bis zur Wahl zur preußischen verfassunggebenden Versammlung am 26. 1. 1919. Schon bald danach wurden die Räte vom Oberpräsidenten August Winning (SPD) am 3. 3. 1919 mit Waffengewalt aufgelöst. Zu jener Zeit bestand die Gefahr, daß russische Truppen nach Ostpreußen eindringen, doch gelang es der „Eisernen Division“ im Baltikum, die Gefahr von Osten zu bannen, und Freiwilligen-Verbände in der Provinz bekämpften Banden.

Ostpreußen wollte sich dem Berliner Rätssystem nicht anschließen, weil man durch diesen Separatismus das Reich zu geeigneter Zeit von Ostpreußen her erneuern wollte. Man ging aber davon aus, daß Ostpreußen allein nicht lebensfähig sein würde — eine Einschätzung zu der auch das Reichskabinett kam. So plante man in Ostpreußen zeitweilig eine „Ostrepublik“, die Posen, Ost- und Westpreußen umfassen sollte, ggf. auch Polen und das Baltikum. Befürworter dieses Plans war u. a. der frühere Oberpräsident von Batocki-Friebe. Da die Oberste Heeresleitung die deutschen Truppen damals aber für zu schwach hielt, um gegen polnische Truppen zu bestehen, wurde die Idee eines Oststaats im Juni 1919 wieder aufgegeben.

Nachdem man in Ostpreußen die Versailler Bestimmungen kannte, gingen führende Kreise, besonders auch von Batocki, vom Verlust der Volksabstimmung aus, deren günstiger Ausgang dann als großer Sieg gefeiert wurde. Zu dieser ungünstigen Einschätzung trug u. a. die Beurteilung der Konfrontation der Konfessionen und der Masurenpolitik bei. Auch hatten an Polen fallende deutsche Territorien keine Reparationen zahlen müssen. Um ein günstiges Abstimmungsergebnis zu erreichen, stellte die Reichsregierung Geld für Propaganda zur Verfügung.

Die deutsche Ostpolitik nach 1918 mußte die Reaktion Polens auf die deutsche Vorkriegspolitik berücksichtigen. In den an Polen gefallen Gebieten wohnten 1918 etwa 1,25 Mill. Deutsche, von denen im Jahre 1926 schon 900 000 dieses Gebiet verlassen hatten. Die verbliebenen 350 000 Deutschen stellten zwar nur 12 v. H. der Bevölkerung in Posen und Westpreußen dar, doch hatten sie 25 v. H. des Grundbesitzes inne, regional sogar bis zu 50 v. H. In Polen wurde nach 1918 der Grundbesitz über 160 ha enteignet. Die Reichsregierung suchte die deutsche Abwanderung aus Polen zu bremsen, weil die Zuwanderer den Reichshaushalt und auch den Arbeits- und Wohnungsmarkt belasteten. Zudem hätte man nach Abwanderung der Deutschen den sog. „Korridor“ nicht mehr beanspruchen können. Nach Auslaufen der Meistbegünstigungsklausel des Versailler Vertrags hatte die deutsche Regierung ab 1925 bessere Möglichkeiten gegen die Abwanderung. So brachte der deutsch-polnische Handelsvertrag von 1925 eine Normalisierung in

der Behandlung der Deutschen in Polen. Vorher hatten die Deutschen in Ostpreußen die Folgen des bisherigen deutsch-polnischen Zollkriegs zu tragen gehabt, da sie für ihre Produkte keinen Absatz gefunden hatten.

Im Jahre 1925 erlebte Polen eine Währungskrise. Nach einer These von Hjalmar Schacht mußte der finanziellen Sanierung Polens eine politische Sanierung vorausgehen. In den Jahren 1925—27 vollzogen Großbritannien und Frankreich die finanzielle Sanierung Polens. Die deutsche Rußland-Politik verhinderte nämlich weiterhin eine deutsch-polnische Annäherung. Westeuropa betrieb gegenüber der Sowjetunion eine Aushungerungspolitik und sah in Polen ein Bollwerk gegen den Bolschewismus, eine Politik, die von der katholischen Kirche unterstützt wurde, so daß das katholische Zentrum im Deutschen Reichstag die deutsche Ostpolitik nicht unterstützte.

Der Rapallo-Vertrag brachte zwar eine Entspannung zwischen dem Reich und der Sowjetunion, doch übte diese Druck auf Litauen aus, das sich nicht an Polen anlehnen durfte. Trotz Rapallo und deutsch-polnischen Handelsvertrags war für Stresemann eine Revision der Ostgrenzen, also auch gegenüber Polen, selbstverständlich.

Hitler, dessen Ostpolitik den Deutschen durch Zeitungen bekannt war, ging davon aus, daß in Deutschland 20 Mill. Menschen zu viel lebten und daß die Deutschen deshalb ein göttliches Recht hatten, den slawischen Osten zu besiedeln. Schon bald nach der Machtübernahme setzte Hitler fest, daß das Thema der totalen Grenzrevision nicht angeschnitten werden sollte, solange Deutschland militärisch und finanziell nicht gefestigt war; doch sollte die Revision propagandistisch schon vorbereitet werden.

In der Frage ethnischer Minderheiten konnte man davon ausgehen, daß es in Masuren und im litauischen Grenzraum keine Schwierigkeiten geben würde, da man dort erkannt hatte, daß der wirtschaftliche Aufschwung nur mit der deutschen Sprache möglich war und die Masuren die Umstellung auf die deutsche Sprache akzeptiert hatten. Oberpräsident Siehr, der Nachfolger Winnigs, ging dennoch fälschlich von nationaler Unzuverlässigkeit dieser Gruppen aus und erzwang für die evangelischen Masuren eine kulturelle Autonomie einzuführen, wie die Polen sie schon genossen. Gustav Stresemann stellte im Jahre 1926 fest, daß man die Duldung der Deutschen als kulturelle Minderheit in Polen nur erwarten dürfe, wenn man diese am Beispiel der Polen in Deutschland vorweisen könne.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß in einem Vertrag zwischen Winnig und Lettland festgelegt wurde, daß deutsche Soldaten für die Verteidigung Lettlands gegen den Kommunismus Siedlungsland in Lettland und die lettische Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Stresemann sah richtig Deutschlands Stellung zwischen Ost und West, doch war die Solidarität der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion fraglich. Bismarcks Rußlandpolitik wird zwar gelobt, doch führte er zur Zeit des Rückversicherungs-Vertrags Zollkrieg gegen Rußland, wodurch ostpreußische Firmen nicht mehr mit Rußland handeln konnten, so daß der russische Westhandel weitgehend von Frankreich übernommen wurde. Die über Bismarck verbreitete Legende, daß er das Wiedererstehen eines polnischen Staates erstrebte, läßt sich aus den Akten nicht nachweisen; zudem ließ er 1887 polnische Juden aus dem Deutschen Reich ausweisen.

Professor Hans-Heinrich Herlemann (Freising) sprach dann über „Die Landwirtschaft in Pommerellen und Danzig in der Zeit der Weimarer Republik“. Mit Pommerellen wird im folgenden der nach 1918 an Polen gefallene Teil Westpreußens bezeichnet, aus dem der Vortragende selbst stammt.

In Pommerellen war die Hand- und Spannarbeit billiger als die mechanisierte Landwirtschaft; daher waren auch die Löhne niedrig. Der Wandel in der Betriebsführung war gering. Nach dem Ersten Weltkrieg waren besonders die Domänenpächter und die Bauern abgewandert, die ihre Höfe vor 1918 durch die Ansiedlungskommission zwar gekauft, aber noch keine Auflassungen bekommen hatten.

Innerhalb Polens gab es erhebliche Strukturunterschiede: während im früher deutschen Westpolen 58 v. H. der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es in Ostpolen noch 90 v. H. Die Hektarerträge im Westen waren im Durchschnitt der Jahre 1929/33 zwar noch höher als im Osten, doch zeichneten sich Egalisierungstendenzen ab. Diese Nivellierung der Erträge war durch sinkende Getreidepreise beeinflusst, wodurch intensiv wirtschaftende Betriebe mit ihren höheren Betriebskosten stärker betroffen waren. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sanken in Polen nämlich besonders ab 1928, so daß die Kaufkraft im Durchschnitt der Jahre 1927/36 (Deutschland 100 v. H.) für Butter bei 76 v. H., bei Schweinen sogar nur bei 56 v. H. lag.

Die Grenzziehung wirkte sich auf die Landwirtschaft beiderseits der neuen Grenze aus, also in Ostpommern und Pommerellen. Die Hektarerträge und der Viehbestand sanken. Der Jahreslohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters in Ostpommern entsprach dem Preis von 48 dz Roggen, in Polen 43,5 dz, wofür in Ostpommern der Ertrag einer Getreidefläche von 3,08 ha erforderlich war, in Pommerellen jedoch 4,10 ha. Die volkswirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft in Ostpommern war größer als in Pommerellen. Obgleich die Einnahmen in pommerschen Betrieben höher lagen, war der Überschuß wegen der höheren Betriebskosten geringer als in Pommerellen.

Die Landwirtschaft in Danzig hatte eine Mittelstellung zwischen Pommerellen und Ostpreußen. Die Löhne und Ansprüche an das Einkommen lagen höher als in Pommerellen, z. T. auch höher als in Ostpreußen. Das Deutsche Reich übernahm nach 1918 einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte Danzigs zu relativ günstigen Preisen, besonders Zucker und Zuchtvieh. Die Mechanisierung und Elektrifizierung in der Danziger Landwirtschaft war weiter als in Pommerellen; die Hektarerträge entsprachen etwa denen in den Teilen Westpreußens, die nach 1918 zu Ostpreußen gekommen waren.

In der Aussprache wurde erwähnt, daß in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Bevölkerungszahl in Pommern sank, da es innerhalb des Deutschen Reiches am geringsten entwickelt war; dagegen war Pommerellen in Polen wirtschaftlich führend, so daß dort die Bevölkerungszahl stieg.

Den nächsten Vortrag hielt Werner Thimm (Havixbeck) über „Parteienentwicklung in Pommerellen und Danzig nach dem 1. Weltkrieg“. Die deutschen Parteien waren vor 1918 im wesentlichen Weltanschauungsparteien, woran sich mit Ende des Kaiserreichs zunächst wenig änderte. Die staatstragenden Parteien DDP, SPD und Zentrum erhielten bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung die Mehrheit der Stimmen, doch machte sich in der Bevölkerung bald Resignation und Enttäuschung über die neuen Zustände breit.

In Westpreußen und im Netzedistrikt verlief die Entwicklung der Parteien bis 1920 parallel zu der im Reich. In Danzig wurde noch 1918 nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählt, wobei die SPD erstmals die Mehrheit im Senat gewann. Der Übergang zur Republik erfolgte ohne Gewalt.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. 1. 1919 errang die SPD in Westpreußen die meisten Mandate mit vier Sitzen. Es wurden nur Deutsche gewählt, weil die Polen Wahlenthaltung übten. In Posen und im

Netzedistrikt ging diese Wahl zu Ungunsten der Deutschen aus, für die aber u. a. Hugenberg gewählt wurde.

Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages wurde in Danzig ein Ausschuß für die Verfassung eingesetzt, in dem der polnischen Minderheit drei Sitze zugesprochen wurden, ein Anteil, den sie in späteren Wahlen nie erreichte. Die SPD und die USPD errangen bei den Wahlen vom 14. 12. 1919 unter der Bezeichnung „Syndikalistische Partei“ 32 v. H. der Stimmen, während die radikalen Parteien gegenüber der Wahl vom Januar 1919 mehr Stimmen gewannen.

Im Versailler Vertrag wurden die Verhältnisse in Danzig nur generell geregelt. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung Danzigs im Jahre 1920 errangen — nach der Größe ihrer Anteile geordnet — DNVP, USPD, SPD, Zentrum, Freie wirtschaftliche Vereinigung, DDP und Polen die Mandate, d. h. die Radikalen waren führend. An dieser Wahl nahmen nur 69 v. H. der Stimmberechtigten teil gegenüber 90 v. H. bei der Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung im Jahre 1919. Wie im Deutschen Reich kommt hierin die Unzufriedenheit mit den republikanisch-demokratischen Kräften zum Ausdruck.

Die neu erarbeitete Danziger Verfassung war demokratisch und sah Grundrechte vor; als Parlament fungierte der Volkstag, daneben war die Möglichkeit des Volksentscheids vorgesehen. Nach Abschluß der Arbeiten an der Verfassung erklärte sich im Dezember 1920 der verfassungsgebende Volkstag Danzigs zum Volkstag. Die Vertreter der Parteien betonten ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk und stellten heraus, daß ihre Recht auf freie Selbstbestimmung durch die Entwicklung nach Versailles verletzt sei. Im Danziger Volkstag wurden in der Folgezeit meist die Argumente aus dem Deutschen Reich vorgetragen. Nach 1933 wurden die Parteien zeitversetzt von der NSDAP bis 1936 liquidiert.

Der Referent ging detailliert auf die Entwicklung und Haltung der einzelnen Parteien des Danziger Volkstags ein, die aus Platzgründen nur auszugsweise angeführt werden können. Die USPD war zeitweilig gewalttätig und bekämpfte den Senat. Die von ihr abgespaltene KPD gab sich antiparlamentarisch; einige ihrer Abgeordneten wurden sogar verhaftet und verurteilt. Die SPD trat für eine Verständigung mit Polen ein und verschleiß ihre Kraft im Senat Danzigs, an dem sie sich 1924 erstmals beteiligte. Mit dem Aufkommen der NSDAP ab 1930 verlor sie Wähler und wurde schließlich am 14. 9. 1936 verboten. Das Zentrum als Vertretung der katholischen Bevölkerung errang in Danzig stets etwa 15 v. H. der Stimmen; es war von 1920—33 ständig am Senat beteiligt; die Bildung einer neuen Koalitionsregierung war ohne das Zentrum nicht möglich. Im Jahre 1933 ging das Zentrum eine Koalition mit der NSDAP ein, um diese zu „zähmen“, doch trat es schon im September 1933 wieder aus dem Senat aus. Die Parteien der Mitte und die Splittergruppen wechselten stark, doch war ihre Haltung bei der Bildung des Senats und bei Abstimmungen nicht unwichtig, da ihr Anteil stets bei 20 v. H. der Stimmen lag. Die DNVP war bei den Mittelparteien die Partei der restaurativen Kräfte, doch zeigte sie ab der ersten Danziger Krise um 1925 Anzeichen der deutsch-völkischen Ideen. Die Deutsch-Soziale Partei, eine Abspaltung der DNVP, gab sich schon ab 1924 extrem antisemitisch, kann in Danzig jedoch nicht als Wegbereiter der NSDAP angesehen werden, obgleich ihr Vertreter im Volkstag, Hans Hohnfeld, im Jahre 1927 erster Abgeordneter der NSDAP im Volkstag wurde.

Im Mai 1933 wurde der Senat Ziehm von NSDAP und KPD gestürzt. Bei der dann erfolgten Neuwahl errang die NSDAP 50 v. H. der Stimmen. Die Ausgleichspolitik gegenüber Polen, die der neue Senat unter Rauschning betrieb, wurde durch den Gauleiter Forster, einen überzeugten Hitler-Anhänger,

torpediert. Rauschnig, der 1931 von der DNVP zur NSDAP übergetreten war, legte im September 1934 den Vorsitz im Senat nieder.

Nur kurz charakterisierte der Vortragende die Entwicklung der Parteien in Pommerellen und im Netzedistrikt. Die politische Organisation der Deutschen war durch die Regelung in Posen vorgegeben. Sie konnten in den Sejm nur dann Abgeordnete entsenden, wenn sich bei den Wahlen alle Deutschen mit den anderen völkischen Minderheiten, u. a. auch den Juden, zusammenschlossen. Im neuen Korridor war ein Zusammenschluß der deutschen Parteien aber wegen gegenseitigen Mißtrauens nur schwer möglich. In Pommerellen wurde es nach Wahlrechtsänderung für die Deutschen unmöglich, Abgeordnete in den Sejm zu entsenden.

In der Diskussion berichtete der Vortragende, daß seine genauen Aussagen nicht auf Aktenstudium beruhen, sondern Zeitungen entnommen sind. So war es ihm auch möglich, aus zeitgenössischen Kommentaren Aussagen über das Wahlverhalten einzelner Gruppen zu machen.

Für den verhinderten polnischen Referenten sprang Dr. Ludwig Biewer (Berlin) ein, der über „Ostpreußische Aspekte im Preußen der Weimarer Republik“ sprach. Nach 1918 entfiel die Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten, so daß es zwischen den Zentralen des Reiches und Preußens zu zeitraubenden Reibungen kam. Wenngleich der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen ein Strukturmangel der Weimarer Verfassung war, so wurde in ihr die Stellung der Provinzen gestärkt, die ihre Interessen im Reichsrat vertraten und wiederholt gegen die Zentralregierung stimmten.

Wortführer Preußens im Reichsrat war Wilhelm Freiherr von Gayl, bekannt als preußischer Staatskommissar für die Volksabstimmung in Südostpreußen, seit 1919 im Reichsrat, seit 1921 im preußischen Staatsrat, schließlich 1932 Minister im Kabinett von Papen. Von Gayl war an Plänen beteiligt, um die Provinz Ostpreußen zu sichern, als sie 1918 bedroht schien.

Der preußische Ministerpräsident der Jahre 1920—32, Otto Braun (SPD), verhielt sich den Reichsregierungen gegenüber loyal und wandelte sich im Laufe der Jahre vom Linksaußen seiner Partei zum weitblickenden Staatsmann. Zu den Reichspräsidenten Ebert und — bis 1930 — auch zu Hindenburg hatte er ein gutes Verhältnis. Braun nutzte seine Macht und Autorität aus, auch gegenüber seiner Partei. In der Weimarer Zeit verkörperte er die Hoffnungen und Vergeblichkeiten der verschiedenen Gruppen Preußens.

Nach der Reichstagswahl von 1928 fiel der SPD das Amt des Reichskanzlers zu, das Otto Braun anstrebte. Er kämpfte jedoch nicht darum, als die Partei Hermann Müller den Vorzug gab, dessen Kabinett 1930 zerbrach.

Der einflußreiche Westpreuße Elard von Oldenburg-Januschau hielt Brüning für den besten Reichskanzler nach Bismarck; der Ostpreuße Rudolf Nadolny, der sich 1918 zeitweilig für die Schaffung eines „Oststaates“ eingesetzt hatte, forderte eine starke Reichsgewalt, die er von Brüning erhoffte. Nach dem Rücktritt des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff hätte Otto Braun Brüning gern als preußischen Ministerpräsidenten gesehen. Im April 1932 wurde erneut versucht, die Regierungen des Reiches und Preußens zu verflechten: Goerdeler sollte preußischer Ministerpräsident und Reichsfinanzminister werden. Braun war mit diesen Plänen einverstanden, doch konnte sich Brüning nicht gegen die Berater um Hindenburg durchsetzen und mußte zurücktreten. Durch den sog. „Preußenschlag“ vom 20. 7. 1932 wurde von Papen Reichskommissar in Preußen. Diese Vorgänge wurden durch von Gayl und wohl auch durch von Oldenburg-Januschau beeinflußt. Nach eigener Aussage Brauns entsprach die Vereinigung

der Gewalt Preußens und des Reichs durchaus seinen Vorstellungen, doch wollte von Papen eine autoritäre Staatsform.

In der Aussprache betonte der Referent, daß er Winnigs eigene Schilderung, warum er sich dem Kapp-Putsch anschloß, für glaubwürdig hält. Nur Beteiligte am Kapp-Putsch wurden in Ostpreußen abgelöst, konservative Landräte blieben zum Teil bis 1933 im Amt. Man bediente sich also nicht des Vorwands der Beteiligung am Putsch, um sie abzusetzen. Die SPD-Fraktionen jener Zeit unterschieden sich: Saßen im preußischen Landtag meist kleine Funktionäre ihrer Partei, die sich einer straffen Führung unterordneten, so waren es im Reichstag vielfach Intellektuelle.

Aus den Vorarbeiten zu seiner noch von Prof. Walther Hubatsch angeregten Dissertation über „Der Regierungsbezirk Königsberg zwischen den Weltkriegen — verwaltungstechnische Probleme“ berichtete Georg Bitter (Bonn). In der Weimarer Zeit waren die persönliche Eignung und Erfahrung der Beamten für ihre Einstellung entscheidend, doch bedingten die preußischen Koalitionsregierungen einen Proporz der Beamten. Die Demokratisierung der Verwaltung scheint in den Jahren 1918—33 ansatzweise gelungen zu sein: katholische Kreise erhielten katholische Landräte; nach dem Kapp-Putsch wurden nicht-verfassungstreue Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt; im Jahre 1930 wurde die Übernahme von Mitgliedern radikaler Parteien als Beamte verboten. Nach 1933 war der Übergang so schnell wie möglich, weil in führende Stellen viele „alte Kämpfer“ gebracht wurden.

Den letzten Vortrag hielt Dr. Friedrich Richter (Kronberg) zum Thema „Ostpreußische Industrieentwicklung zwischen den Weltkriegen“. Die Randlage Ostpreußens hatte schon vor 1918 nur eine recht schwache Gewerbetätigkeit zur Folge gehabt. Nach 1918 wurde eine stärkere Industrialisierung gefordert, und doch mußte man 1933 einen Rückgang in Industrie und Handel gegenüber 1925 feststellen, besonders bei Eisen und Stahl (58 v. H.) und Ziegeleien (40 v. H.); die Zahl der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten war in jenem Zeitraum von neun auf vier v. H. zurückgegangen.

Nach dem Ersten Weltkrieg mußte man entscheiden, ob man wie bisher eine Abwanderung der Bevölkerung hinnehmen oder industrialisieren wollte. Um 1925 begann eine verstärkte Diskussion um die Industrialisierung, die erst 1933 durch die „Osthilfe“ zu einer gewissen Entscheidung kam. In der Diskussion blieb die Standortfrage der Industrie umstritten. Großbetriebe gab es bis dahin nur in den Häfen an der Küste. Die Pläne für einen neuen Hafen in Peyse waren fertig, der Bau eines Stahlwerks war umstritten. Eine Streuung der Industrie konnte aber trotz aller Erörterungen nicht verwirklicht werden. Die neuen Unternehmen waren Privatbetriebe, vielfach Teilbetriebe von Firmen aus dem Westen des Reiches. Die 1933 gegründete Erich-Koch-Stiftung stellte eine Konkurrenz zur freien Industrie dar. Nach 1933 plante man in Ostpreußen die Schaffung von 210 000 Arbeitsplätzen in zehn Jahren, wovon bis Kriegsausbruch 1939 25 000 entstanden bzw. in der Planung waren.

In der Aussprache wurde der Zielkonflikt zwischen der Förderung der Landwirtschaft und der Industrie herausgestellt, wobei man in der Provinz sah, daß die Förderung beider Zweige nützlich gewesen wäre. Die Idee von Königsberg als dem „Rotterdam Osteuropas“ ist an der Politik gescheitert. Die Industrialisierung kann man als verspäteten Versuch des Aufpöppelns von Ostpreußen ansehen, das handelspolitisch in Osteuropa eingebunden war, zu dem es aber durch die politischen Veränderungen nach 1918 die Verbindung weitgehend verloren hatte.

Die Vorträge werden in der Schriftenreihe „Nordost-Archiv“ des Nordostdeutschen Kulturwerks Lüneburg gedruckt werden. Bereits erschienen sind in dieser Schriftenreihe die Vorträge der Jahrestagungen 1979—84 der Historischen Kommission.

Erster Vorsitzender der Historischen Kommission ist nach wie vor Professor Dr. Udo Arnold, Universität Bonn (Privatanschrift: Eichener Str. 32, 5358 Bad Münstereifel-Houeverath).

Der Kunsthistoriker Dr. Günter Krüger (Berlin) wurde zum ordentlichen Mitglied gewählt.

Husum

Klaus Bürger

### **Jubiläumstagung der Historischen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen 1985**

Nicht nur der Tagungsort, sondern auch das musisch-kulturelle Rahmenprogramm der 17. Wissenschaftlichen Tagung der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen vom 18. bis 21. September 1985 in Lüneburg waren ein Hinweis auf den besonderen Charakter der Veranstaltung. Gastgeber waren die Ostakademie und das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, beide in Lüneburg. Von den auf der Tagung gehaltenen Vorträgen seien folgende hervorgehoben: Richard Breyer (Marburg/Lahn) „Das Deutschtum in Kongreßpolen im Ersten Weltkrieg“; Wilfried Gerke (Diepholz) „Die Deutschen im Generalgouvernement“; Georg W. Strobel (Darmstadt) „Deutsche und Juden in der polnischen Arbeiterbewegung“; Josef A. Graf Raczynski (München) „Die Familie Raczynski und die Posener Landesgeschichte“ und Joachim Rogall (Mainz) „Die Pastoren der Evangelisch-Unierten Kirche der Provinz Posen 1871—1914“.

Am Abend des ersten Tages durften die Teilnehmer Werke des aus dem Posener Lande stammenden Malers Friedrich Kunitzer bewundern. Der Nachmittag des 19. September wurde der Rückbesinnung auf die 50-Jahrfeier der Historischen Gesellschaft in Posen im Mai 1935 gewidmet. Zuvor gewährte der Oberbürgermeister von Lüneburg, Dr. Horst Nickel, der Historisch-Landeskundlichen Kommission einen Empfang im historischen Rathaus. Den Ausklang dieses Tages bildete eine Dichterlesung von Hans Lipinsky-Gottersdorf, mit der dieser seine Zuhörer in die oberschlesischen sozialen Verhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg einführte. — Zum Abschluß der wissenschaftlichen Tagung fand die Mitgliederversammlung der Kommission statt. Von der regen Arbeit der Kommissionsmitglieder zeugte die Buchausstellung, welche im Nebenraum des Tagungssaales in der Ostakademie gezeigt wurde.

Im geschichtsträchtigen Brömsehaus wurde eine musikalisch umrahmte Feierstunde aus Anlaß der Gründung der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen vor 100 Jahren (5. März 1885) am 21. September ausgerichtet. Nach der Begrüßung des neuen und alten Ersten Vorsitzenden, Professor Dr. Gotthold Rhode (Mainz), wurden Grußworte des Lüneburger Oberbürgermeisters, des Direktors des Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk, Dr. Eckhard Matthes, des Vizepräsidenten des J. G. Herder-Forschungsrates, Professor Dr. Hans Lemberg (Marburg/Lahn) und der Vertreter ostdeutscher Historischer Kommissionen und Gesellschaften verlesen. Es folgte der Vortrag des Ersten Vorsitzenden „Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen. Gründung 1885; Neuanfang 1920; Untergang 1945“. Höhepunkt und zugleich Abschluß war der